Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 10 (1920)

Heft: 27

Artikel: Die deutsche Opposition am Kreuzweg

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-637185

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die deutsche Opposition am Kreuzweg.

Nicht Trimborn bildet das neue deutsche Kabinett, auch nicht sein Parteibruder Dr. Mayer in Paris, sondern der alte Anwalt Fehrenbach, der frühere Reichstagspräsident und Präsident der Nationalversammlung, ebenfalls ein Zentrumsmann. Seine Mitarbeiter werden die Demokraten und die Leute der „deutschen Volkspartei" sein. Das stand für jeden Premier zum vorneherein fest. Fehrenbach hofft indessen noch, nach einem kurzen Zwischenstadium auch die Mehrheitssozialisten zur Mitarbeit zu gewinnen.

Aber die Mehrheitler haben Angst, ihre Wähler noch mehr zu den Unabhängigen abwandern zu sehen. Auf einmal kommt ihnen die Erkenntnis; die Unabhängigen aber nehmen zu, dank ihrer Oppositionsstellung. Diesen Vorteil wollen sich die alten Opportunisten nicht entgehen lassen; selber halb verzweifelt am Erfolg des Aufbaus, sehen sie zudem in der verstärkten Rechten ein wachsendes Hemmnis der parlamentarischen Erfolge, woraus wieder neue Unzufriedenheit der Wähler wachsen würde. Der Augenblick ist also gegeben, auf die Verantwortung für den Lauf des Staatswagens zu verzichten und wieder zu werden, was man vordem war: die Partei mit dem Umsturzprogramm. Wenn möglich, entsteht aus dieser Schwenkung eine neue Vereinigung der beiden Sozialistengruppen; der Zustand vor dem Kriege wäre wieder hergestellt. Aber welche Methode wird die Opposition heute anwenden?

Erinnere man sich, daß die größte Furcht des kaiserlichen Regimes von anno dazumal war, die Sozialdemokraten könnten bei Kriegsausbruch durch die Entfesselung von Generalstreik und auch revolutionärer Sabotage die Landesverteidigung lähmen. Erinnere man sich auch, daß ein solches Programm unter den sozialistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs bestand, wenigstens für den Fall eines deutsch-französischen Konfliktes. Dies Programm war nicht beschworen; aber die Organisation einer solchen Antikriegsorganisation war im Werden. Die Erinnerung an jene Hoffnungen, die so schändlich zunichte wurden, als der Krieg ausbrach, macht uns skeptisch in diesem Augenblick, wo die alte Opposition wieder aufersteht.

Bedenken wir, was jene geplante Lähmungsaktion nicht alles verhindert hätte! Eine einzige, aus Munitionsmangel gleich im Keim erstickte Schlacht, und der Krieg würde wie ein bloßes bleiches Erschrecken an uns vorübergegangen sein.

Die deutsche Opposition steht heute am Scheidewege. Der eine Weg heißt: In fünf Jahren im Bund mit den russischen roten Garden oder mit den weißen Garden — es kommt auf eins heraus, über den Rhein, zum „Klassenkrieg" gegen ein kapitalistisches Frankreich! Man wiederholt die Sünde der Hohenzollern und begeht, was man voreinst durch einen Streik zu verhindern strebte. Illusion, daß das französische Proletariat einen solchen Krieg unterstützen würde! Und, wenn es seine eigene Regierung wirklich lähmte, wer könnte garantieren, daß die Senegalesen — oder die Hilfstruppen des Völkerbundes aus allen Weltgegenden dieses Proletariat nicht ersetzen und zerschmettern würden? Also Krieg bedeutet der eine Weg in seiner Konsequenz.

Der andere Weg heißt Lahmlegung aller Gewaltbekenner innerhalb Deutschlands, moralische Entlarvung aller Feinde des Rechtes, Verhinderung aller Staatsaktionen, die in der Weltpolitik ein Echo der Gewalttat wecken müssen, Druck auf alle ausländischen Regierungen durch Verbindung mit gleichgesinnten Parteien im Ausland; diese Verbindung ist sofort vorhanden, wenn man sich selbst als vertrauenswürdig erweist, durch Bekenntnis, und ihre Taten Sicherheit vor Wiederholungen jenes Umfalls anno 1914 bieten.

Der erste Weg, der bolschewistische, führt zuletzt zum Bunde mit Ludendorff, gleich wie er in Rußland zum Bunde mit Brussilow geführt hat. Es geschehen Zeichen und Wunder: der Führer der weißen Garde in der Krim, General Wrangel, erhält die Aufforderung, sich mit den Bolschewiki zu versöhnen, um gemeinsam mit ihnen den Krieg gegen Polen zu führen. Wer kann sagen, wie der deutsche Junkergeneral heißen würde, der im deutsch-bolschewistischen Franzosenkrieg ein ähnliches Ultimatum erhielte? Der Tag eines solchen Dokumentes ist ferne. Möge er nie erscheinen!

Der zweite Weg wird zu großen Protestaktionen führen, ähnlich dem internationalen Protestboykott der Gewerkschaften gegen den weißen Terror in Ungarn.

Zwar erfüllt das Bekenntnis der Sozialdemokratien zur dritten Internationale die Regierungen allenthalben mit Mißtrauen. Man weiß, man schwört darauf, daß der rote Terror von seiten der Arbeiter nie blockiert worden wäre. Darum die moralische Wunde dieses Boykottes. Er entstand nicht auf Grund des tiefsittlichen demokratischen und antimilitaristischen Prinzips, sondern aus egoistischen Klasseninteressen, die in der Proletarierdiktatur gipfeln.

Vielleicht, daß binnen kurzem der allgemeine Boykott ausgedehnt wird, um die polnische Front der westlichen Waffen- und Munitionszufuhren zu berauben. Vielleicht begreift man auch, daß die Erlaubnis des obersten Völkerbundsrates an Griechenland, die nationalistischen Türkenscharen Mustapha Kemals zu bekämpfen, eine Fortsetzung der Ententekriegsserie ist, die mit dem Munitionsboykott beantwortet werden muß. Denn die Siege der venizelistischen Truppen bei Smyrna und die siegreichen Gefechte der Engländer und Franzosen bei Ismid sind doch nichts weiter als Versuche der Imperialisten, ihre Friedensschlüsse mit Gewalt aufrecht zu erhalten.

Eine konsequente passive Politik der westlichen Gewerkschaften verlangt den Waffenboykott gegen sämtliche aktiven Militarismen, ob sie nun gegen fremde oder eigene Völker sündigen: gegen das rote Rußland, das weiße Ungarn, das nationalistische Kleinasien und das erobernde Hellas.

Der Imperialimus Westeuropas macht sich just in diesem Augenblick ans Werk, den nahen Orient zu fesseln, aber Kurden und Araber in Mesopotamien, Emir Faisal in Syrien, Türken und Araber in Cilicien beginnen sich nach dem roten Rußland zu wenden. Es baut ihnen goldene Brücken, anerkennt ein unabhängiges Georgien, ein Aderbeidschan, ein Sovietpersien, verhandelt mit Armenien, sendet Agenten aus, die sprechen zu den Südvölkern. Wenn der Westen nicht versteht, mit andern als mit Kriegsmethoden die Levante zu beruhigen, wenn die Internationale sie nicht durch ihre Lähmungsaktionen dazu zwingt, so ist der neue Kriegsherd genau bezeichnet: ein langer Feuergraben von Jerusalem bis Hamburg.

Für die Methoden der Internationale ist die deutsche Opposition mehr als irgendwer verantwortlich; sie muß durch ihr Anwachsen die deutsche Revanche lähmen. Damit gewinnt die englische Linke erst die Möglichkeit, ihre Regierung zur Revision der Friedensverträge, zur Aenderung dann auch in der ägyptischen, irländischen und indischen Politik zu zwingen.

Mit solchen Zielen hat sich die passive Weltpolitik zu befassen. Solche Ziele müßte ein internationaler Boykott verfolgen. Es ist furchtbar schade: Die christlichen Gewerkschaften in Oesterreich fürchten für die Herrschaft ihrer Genossen in Ungarn und nehmen am Boykott nicht teil. Sie hassen den roten Schrecken mehr noch als den weißen... Wieviel stärker würde die Stoßkraft der Aktion werden, wenn die internationale Opposition begriffen hätte, daß ihre Zukunft einzig in der passiven Politik liegt! Entwaffnet — gezwungen, wird sie sich vielleicht dafür entscheiden. -kh-